



Wissenschaftsausschuss

10. Sitzung (öffentlich)

15. März 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:31 Uhr bis 16:13 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Mit einer Arbeits- und Fachkräfteoffensive im Bereich der beruflichen Bildung dem Fachkräftemangel in Nordrhein-Westfalen begegnen 5

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/1353

Ausschussprotokoll 18/148

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD sowie bei Enthaltung der Fraktion der FDP empfiehlt der Ausschuss dem – federführenden – Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Annahme des Antrags Drucksache 18/1353.

- 2 Wo bleibt ein deutsches ChatGPT? – Nordrhein-Westfalen zur Deep-Tech-Fabrik machen!** 7
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3285
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.
- 3 Chancen von künstlicher Intelligenz im Bildungswesen und Forschung nutzen und Herausforderungen souverän begegnen** 9
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/3299
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.
- 4 Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung eines digitalen Portals im Vollzug des Studierenden-Energiepreispauschalengesetzes** 10
- Drucksache 18/3445
Vorlage 18/928
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss nimmt die Verwaltungsvereinbarung zur Kenntnis.
- 5 „Agentur für kognitives Rechnen – Agency for Cognitive Computing (ACC)“ am Forschungszentrum Jülich (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])** 11
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/964
- Wortbeiträge

- 6 Zukunft des Semestertickets in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **12**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/963
- Wortbeiträge
- 7 Studiengang Grundschullehramt in Aachen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **15**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/972
- Wortbeiträge
- 8 Aktueller Sachstand Kunstakademie Düsseldorf** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung [s. Anlage 4]*) **16**
- Bericht durch Ministerin Ina Brandes (MKW)
- Wortbeiträge
- 9 Verschiedenes** **18**

1 Mit einer Arbeits- und Fachkräfteoffensive im Bereich der beruflichen Bildung dem Fachkräftemangel in Nordrhein-Westfalen begegnen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/1353

Ausschussprotokoll 18/148

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/1353 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – und den Wissenschaftsausschuss am 4. November 2022)

Vorsitzender Professor Dr. Daniel Zerbin teilt mit, der federführende Ausschuss habe den Antrag mit Sachverständigen in einer Anhörung beraten. Das Anhörungsprotokoll 18/148 liege inzwischen vor, und der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe mitgeteilt, dass er den Antrag abschließen wolle und um das Votum bitte. Daher habe er für heute die abschließende Beratung und Abstimmung vorgesehen.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) führt aus, der Antrag nehme in erster Linie die Perspektive von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern ein. Die Perspektive der Beschäftigten sowie der jungen Menschen, die keine Ausbildung fänden, fehle völlig. Darauf sei auch in der Anhörung mehrfach hingewiesen worden. Dieser Einschätzung, die auch der DGB sehr deutlich unterstrichen habe, schließe sich seine Fraktion an. Dem Antrag könne daher nicht zugestimmt werden.

Angela Freimuth (FDP) sagt, grundsätzlich unterstützten die Freien Demokraten die Ziele einer Offensive des Landes für Fachkräfte und berufliche Bildung. In der Anhörung am heutigen Vormittag zum MINT-Bereich sei sehr deutlich geworden, dass hier noch vieles zu tun sei. Viele der in dem Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung, zur Einwanderung in den Arbeitsmarkt und zu den Anerkennungsverfahren der ausländischen Berufsabschlüsse seien aus Sicht ihrer Fraktion völlig richtig. In dem Antrag fehle jedoch eine Herausstreichung der Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung. Ein erleichterter Einstieg in Ausbildung durch mehr modulare Ausbildung, Teilzeitausbildung und Zertifizierung von Teilqualifikationen seien wichtige Punkte, die in dem Antrag fehlten. Deswegen werde sich ihre Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Raphael Tigges (CDU) wirbt um Zustimmung zum Antrag der Koalitionsfraktionen. Es sei mitnichten eine einseitige Darstellung der Lage der Dinge, nämlich aus Sicht der Arbeitgeber. Unbestritten sei, der Wirtschaft müsse es gut gehen, die Wirtschaft müsse funktionieren und brauche qualifizierte Fachkräfte. Dies sei die Basis allen wirtschaftlichen Denkens. Dafür stehe die CDU-Fraktion an allen möglichen Stellen immer wieder ein. In dem vorliegenden Antrag nähere man sich jedoch nicht nur von der Wirtschafts-

seite, sondern vor allen Dingen auch von der Schulseite her. Es gehe um Berufsorientierung, Begleitung von Schülerinnen und Schülern, Ausbildungszentren. Ferner gehe es darum, wie man Fachkräfte gewinnen könne, die aus dem Ausland nach Nordrhein-Westfalen kämen. Das alles biete dieser Antrag.

Die Abgeordnete Freimuth habe zu Recht die Anhörung am heutigen Vormittag zum MINT-Bereich angesprochen. Es sei eben nicht nur ein Thema einer einzelnen Disziplin auf Landesebene, sondern das Zusammenwirken aller Kräfte. Von daher müssten alle Ausschussbereiche und Ministerien daran mitwirken, das Bestmögliche zu erreichen.

Julia Eisentraut (GRÜNE) legt dar, die Anhörung habe sehr deutlich gezeigt, dass eine fächerübergreifende Behandlung der Thematik und die Aufstellung einer interministeriellen Arbeitsgruppe der richtige Weg seien. Dies sei auch eine der zentralen Forderungen im Antrag. Dieser sei der erste Baustein in einer langen Reihe von Fachkräfteanträgen. Die Anhörung habe deutlich gemacht, dass der Fachkräftemangel und auch der Arbeitskräftemangel vielfältige Ursachen hätten, die umfänglich adressiert werden müssten. Gerade die Anerkennungsverfahren von ausländischen Berufsabschlüssen und die Aktivierung der Förderung von geflüchteten Frauen seien Maßnahmen zur Aktivierung von Personengruppen, deren Anteil an der Erwerbsbeteiligung bisher eher gering sei. Auch das sehe der Antrag vor. Deshalb werbe sie um Zustimmung.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD sowie bei Enthaltung der Fraktion der FDP empfiehlt der Ausschuss dem – federführenden – Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Annahme des Antrags Drucksache 18/1353.

2 **Wo bleibt ein deutsches ChatGPT? – Nordrhein-Westfalen zur Deep-Tech-Fabrik machen!**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3285

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/3285 an den Wissenschaftsausschuss – federführend – sowie den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie und den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung am 9. März 2023)

Vorsitzender Professor Dr. Daniel Zerbin leitet ein, heute müsse das Beratungsverfahren geklärt werden. Die Obleute hätten sich im Vorfeld darauf verständigt, dass der Antrag mit dem unter TOP 3 aufzurufenden Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen aufgrund der Thematik in einer gemeinsamen Anhörung erörtert werden solle.

Es gebe, so **Angela Freimuth (FDP)**, nach wie vor keine Einwände, beide Anträge in einer gemeinsamen Anhörung zu thematisieren, auch mit Blick auf die einzuladenden Sachverständigen, wo es sicherlich Überschneidungen gebe. Im Vorfeld der heutigen Sitzung habe man versucht, einen einvernehmlichen Fragenkatalog zu erstellen, was jedoch aufgrund der unterschiedlichen Stoßrichtung auch mit Blick auf die mitberatenden Ausschüsse nicht ganz einfach gewesen sei, sodass sie dafür plädiere, zwar grundsätzlich bei einer gemeinsamen Anhörung zu bleiben, diese jedoch in zwei unterschiedliche Blöcke zu gliedern, in denen jeweils die beiden Anträge gesondert behandelt würden.

Julia Eisentraut (GRÜNE) teilt mit, vonseiten ihrer Fraktion sei das vorgeschlagene Verfahren okay. Hierdurch bestünde die Möglichkeit, sowohl Sachverständige zu beiden Anträgen zu hören als auch unterschiedliche Sachverständige zu benennen.

So ganz klar sei ihm das Verfahren noch nicht, merkt **Raphael Tigges (CDU)** an. Zum einen könnte man sich über die Sachverständigen nähern, ob es tatsächlich die gleichen seien oder ob sich diese unterschieden. Dies sei eine Frage, die vorab geklärt werden müsse. Zum anderen stelle sich die Frage, wie ein Fragenkatalog formuliert werden könne. Schließlich müssten beide Themen in einem Fragenkatalog abgebildet werden. Die Alternative seien zwei unterschiedliche Fragenkataloge. Von daher rege er an, ein Expertengespräch zum ChatGPT-Antrag, weil es ein spezielles Thema sei, und eine Anhörung zum KI-Antrag, wo sich möglicherweise Themen zu ChatGPT wiederfinden könnten, durchzuführen. Wenn dies heute nicht abschließend geklärt werden könne, sollte dies in einer Obleuterunde geschehen, bevor man jetzt zu detailliert das Verfahren bespreche.

Vorsitzender Professor Dr. Daniel Zerbin empfiehlt, die Details in der anschließenden Obleuterunde zu klären. Jetzt gehe es erst einmal darum, das Verfahren zu beschließen.

Angela Freimuth (FDP) legt dar, es tue ihr leid, dass sie etwas Konfusion in die Sache hineinbringe, aber sie hoffe, dass es der Sache diene.

Auch zum ChatGPT-Antrag solle eine Anhörung und kein Sachverständigengespräch durchgeführt werden. Man könne natürlich formal zwei unterschiedliche Anhörungen beschließen, die dann aber vielleicht am gleichen Tag stattfänden. Dies würde, sollte es bei den Sachverständigen Überschneidungen geben, eine einmalige Anreise ermöglichen. Es müsse aber klar sein, dass es zwei unterschiedliche Themenbereiche mit zwei unterschiedlichen Fragenkatalogen seien, weil auch die Kollegen der mitberatenden Ausschüssen unterschiedlich seien.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) schließt sich den Ausführungen der Abgeordneten Freimuth an. Nach seiner Wahrnehmung seien die Themen groß genug und hinreichend verschieden für eine eigene Anhörung. Der ChatGPT-Antrag sei eher eine Frage von Strukturförderung, wohingegen der KI-Antrag eher eine Frage von Didaktik und inneren Bildungsangelegenheiten sei. Wenn die Anhörungen aus pragmatischen Gründen an einem Tag durchgeführt würden, käme das auch den sich überschneidenden Sachverständigen entgegen. Nach seinem Empfangen brauche man keinen Fragenkatalog, aber das könne gleich in der Obleuterunde thematisiert werden.

Vorsitzender Professor Dr. Daniel Zerbin hält fest, dass die Details in der Obleuterunde geklärt würden.

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

3 Chancen von künstlicher Intelligenz im Bildungswesen und Forschung nutzen und Herausforderungen souverän begegnen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/3299

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/3299 an den Wissenschaftsausschuss – federführend – und den Ausschuss für Schule und Bildung am 9. März 2023)

Vorsitzender Professor Dr. Daniel Zerbin teilt mit, wie bereits unter TOP 2 erwähnt, hätten sich die Obleute darauf verständigt, zu diesem Antrag und zum Antrag Drucksache 18/3285 eine gemeinsame Anhörung durchzuführen.

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

4 Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung eines digitalen Portals im Vollzug des Studierenden-EnergiepreispauschalengesetzesDrucksache 18/3445
Vorlage 18/928

Vorsitzender Professor Dr. Daniel Zerbin merkt an, die Unterrichtung sei mit Drucksache 18/3445 erfolgt. Der Wissenschaftsausschuss sei federführend, der Haushalts- und Finanzausschuss, der Ausschuss für Schule und Bildung sowie der Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung seien mitberatend.

Da es keine Wortmeldungen gebe, gehe er davon aus, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Einwände bestünden.

Der Ausschuss nimmt die Verwaltungsvereinbarung zur Kenntnis.

5 „Agentur für kognitives Rechnen – Agency for Cognitive Computing (ACC)“
am Forschungszentrum Jülich (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD*
[s. Anlage 1]))

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/964

Dr. Bastian Hartmann (SPD) bedankt sich bei der Ministerin für den Bericht. Ihm sei noch nicht ganz klar geworden, ob mit Blick auf die ACC ein besonderes Landesinteresse festgestellt worden sei und ob es eine Zusage für die Finanzierung der fehlenden Mittel gebe.

Es gebe die Zusage, antwortet **Ministerin Ina Brandes (MKW)**.

Angela Freimuth (FDP) erkundigt sich nach der Gesamtfördersumme. – 35 Millionen Euro, so **Ministerin Ina Brandes (MKW)**.

6 Zukunft des Semestertickets in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/963

Dr. Bastian Hartmann (SPD) bedankt sich für den Bericht. Die Ministerin bekenne sich dankenswerterweise zu einem bundesweit einheitlichen Solidarmodell. Dies sei auch nach Auffassung seiner Fraktion das, was die Studierenden bräuchten und was angestrebt werden sollte. Aus dem Bericht gehe nicht hervor, inwiefern sich das Ministerium für Kultur und Wissenschaft an der Erreichung dieses Ziels beteilige. Er habe den Eindruck, als läge das Thema einzig beim Verkehrsministerium. Er frage, ob dieser Eindruck täusche.

Ministerin Ina Brandes (MKW) gibt zur Antwort, der Eindruck täusche nicht. Die Zuständigkeit für diese Verhandlung liege bei den Verkehrsministerinnen und Verkehrsministern aller Länder, und es werde entsprechend in der Verkehrsministerkonferenz beraten. Es gebe einen regelmäßigen Austausch zwischen dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft und dem Verkehrsministerium, weil das Ministerium für Kultur und Wissenschaft, da es um Studierende gehe, natürlich ein großes Interesse an einer Lösung habe, sodass sie auch selber sehr regelmäßig mit Verkehrsminister Krischer darüber rede. Die Beratung darüber, ob es eine bundesweite Lösung gebe, finde jedoch in der Verkehrsministerkonferenz statt.

Angela Freimuth (FDP) bedankt sich ebenfalls für den Bericht. Sie stelle fest, dass alles, was mit dem ÖPNV und seiner Finanzierung zu tun habe, ein recht komplexes Gebilde sei. Derzeit formulierten unterschiedlichste Gruppen ihre Forderung nach besonderer Berücksichtigung beim 49-Euro-Ticket. Vor dem Hintergrund frage sie, was die Landesregierung unter einem „Solidarmodell“ verstehe und welche Pläne es seitens der Landesregierung für das Azubiticket im Kontext der Einführung des Deutschlandtickets gebe.

Ministerin Ina Brandes (MKW) gibt der Abgeordneten Freimuth recht, dass ÖPNV-Finanzierung eine Wissenschaft für sich sei, die nur wenige beherrschten.

Das Solidarmodell sei in diesem Fall die Vereinbarung, die zwischen Studierendenwerke, ASten und Hochschulen stattfinde zu dem Thema, ob es ein Studierendenticket gebe und – wenn ja – zu welchen Bedingungen. Dies sei durchgeklagt, sodass es im Moment stabil Bestand habe. Jetzt gebe es die Situation, dass das neue Ticket komme und der preisliche Abstand zwischen dem bundesweiten Ticket, das jetzt unter dem Titel „49-Euro-Ticket“ eingeführt werde, und dem Semesterticket nicht mehr groß genug sei, weshalb die Rechtssicherheit des Solidarmodells infrage stehe. Deswegen sei dieses Ticket dasjenige, für das ein unmittelbarer Handlungsbedarf bestehe. Hier könne man nicht sagen, man lasse die Dinge so laufen, wie sie seien, weil dann das Solidarmodell voraussichtlich nicht Bestand haben werde. Deswegen kümmerten sich

die Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister sehr intensiv darum, das einer Lösung zuzuführen, und hätten sich die Verkehrsverbände in Nordrhein-Westfalen dankenswerterweise zu einem Upgrade-Modell bereit erklärt, sodass es für Studierende eine vernünftige Übergangslösung gebe, in dem vollem Bewusstsein, dass es nur eine Übergangslösung sein könne.

Abhängig von den finanziellen Möglichkeiten, die man darüber hinaus habe – es handle sich ja inzwischen immer um eine bundesweite Diskussion, da mit dem 49-Euro-Ticket die Ticketbepreisung zu einer bundesweiten Frage gemacht worden sei, was es früher in Deutschland nie gegeben habe –, werde man sich bundesweit darüber unterhalten, wie andere Ticketpreismodelle angepasst würden. Das gelte für das Studierendenticket, aber natürlich auch für andere Tickets, die es geben solle.

An dieser Diskussion beteilige sich der Verkehrsminister sehr intensiv. Es sei in der Tat sehr komplex, da jetzt das erste Mal der Versuch unternommen werde, eine bundesweit einheitliche Bepreisung von ÖPNV-Leistungen vorzunehmen.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) kann es sich, ohne im Verkehrsausschuss zu sein, vorstellen, dass es sehr komplex sei.

Er habe ein wenig die Sorge, dass die Interessen der Studierenden nicht ausreichend Gehör fänden, und hoffe, dass der Verkehrsminister das mitdenke und Ministerin Brandes regelmäßig nachhake. Insofern wolle er wissen, ob sichergestellt sei, dass die Studierenden in der Diskussion mit den Verkehrsministern Gehör fänden, also ob zum Beispiel Landes-ASten-Treffen, die Studierendenwerke eingebunden seien.

Darüber hinaus interessiere ihn, ob es einen Zeitplan gebe. Auf Dauer sei das Upgrade-Modell sicherlich keine rechtssichere Lösung.

Ministerin Ina Brandes (MKW) betont, es gehe gar nicht anders, als dass die Interessen der Studierenden Gehör fänden. Das einzige Ticket in ganz Deutschland, das auf jeden Fall angefasst werden müsse, wofür man auf jeden Fall eine Lösung finden müsse, sei das Semesterticket. Deswegen gehe es gar nicht anders. Dies sei der ganze Sinn ihrer Antwort auf die Frage von Frau Freimuth gewesen. Von daher brauche man sich darüber überhaupt keine Sorgen zu machen.

Der Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen sei jetzt schon regelmäßig im Austausch mit den Studierenden, weil dort natürlich Fragen gestellt würden in Bezug auf die Ausgestaltung sämtlicher Ticketangebote.

Das Ziel Nordrhein-Westfalens sei, das Thema zum Wintersemester zu lösen, weil sich alle darüber einig seien, dass man hier Rechtssicherheit brauche. Vor dem Hintergrund, dass es zu einer deutschlandweiten Frage geworden sei, werde man sehen, ob das in der Verkehrsministerkonferenz zwischen den Verkehrsministerinnen und Verkehrsministern der Länder und am Ende dem Verkehrsminister des Bundes, weil der natürlich auch immer mit am Tisch sitze, konsentiert werden könne.

Angela Freimuth (FDP) weist darauf hin, dass die Studierendenvertreter aus Dortmund das Upgrade-Modell scharf kritisiert hätten. Sie frage, ob die Landesregierung dazu eine Meinung habe.

Ministerin Ina Brandes (MKW) führt aus, man brauche eine Lösung für dieses Thema, und man brauche sie so schnell wie möglich, weil man natürlich eine Sicherheit haben müsse, damit das Solidarmodell an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen dauerhaft Bestand habe. Daran gebe es keinen Zweifel. Dass es möglich gemacht worden sei, für den Übergang dieses Upgrade-Modell anzubieten, finde sie gut. Deswegen seien sowohl der Verkehrsminister als auch sie den Verkehrsverbänden in Nordrhein-Westfalen dankbar, dass sie das gemacht hätten, weil dadurch kurzfristig etwas zur Verfügung gestellt werden könne. Das andere Thema solle möglichst bundesweit gelöst werden. Dies sei ja auch der Wunsch der ASten. Jeder wisse, dass das Verfahren nicht mal eben in 14 Tagen über die Bühne zu bringen sei. Deswegen sei sie erst einmal froh, dass man für den Übergang etwas habe, aber es bestehe Einigkeit, dass es ein dauerhaftes Modell geben müsse, das ein vernünftiges Angebot für die Studierenden sei, Rechtssicherheit bringe und Bestand habe.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) möchte wissen, ob er es richtig verstehe, dass es in dieser Sache einen direkten Kommunikationskanal zwischen Landes-ASten-Treffen und Verkehrsministerium, aber nicht zwischen Landes-ASten-Treffen und dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft gebe.

Ministerin Ina Brandes (MKW) merkt an, es gebe auf jeden Fall einen Kommunikationskanal mit dem Verkehrsministerium. Sie habe demnächst einen Termin mit dem Landes-ASten-Treffen, und da stehe das Thema auf der Tagesordnung.

7 Studiengang Grundschullehramt in Aachen (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/972

Angela Freimuth (FDP) bedankt sich für den Bericht, dem sie entnehme, dass die Landesregierung die Initiative begrüße und die Region Aachen schon seit längerer Zeit ein Studienangebot für das Grundschullehramt in Aachen befürworte oder darauf dränge. Hier erinnere sie an diverse Initiativen ihres Kollegen Dr. Pfeil.

Sie wolle wissen, wie die Landesregierung zum sogenannten Klebeeffekt stehe und welche Anzahl von Lehramtsstudienplätzen für das Grundschullehramt in der Region Aachen mit der Dependance-Lösung bereitgestellt würden.

Ministerin Ina Brandes (MKW) legt dar, in der Tat bemühten sich zahlreiche Abgeordnete aus der Region schon seit längerer Zeit sehr intensiv, so etwas möglich zu machen. Man sei sehr froh, dass man jetzt auf dem Weg sei.

Der Klebeeffekt sei ein umstrittenes Argument. Sie habe sich noch nicht hinreichend damit beschäftigt, um eine Antwort darauf zu geben, die einer wissenschaftlichen Beurteilung standhalte. Sie sei aber ein pragmatischer Mensch und glaube deswegen grundsätzlich, dass eine Region wie Aachen gut ausgestattet sei, wenn man dort auf Grundschullehramt studieren könne. Dies sei für sie sinnvoll, unabhängig davon, ob es einen Klebeeffekt gebe oder nicht. Deswegen werde jetzt dankenswerterweise von den drei Hochschulen sehr intensiv daran gearbeitet, das umzusetzen.

Sie könne im Moment noch nicht sagen, wann und in welchem Umfang, versichere aber, dass sie es sagen werde, sobald sie die Antwort habe.

Angela Freimuth (FDP) ist interessiert zu erfahren, ob die Landesregierung die Dependance-Lösung für besser erachte als die Errichtung eines eigenständigen Lehrstuhls an der RWTH Aachen.

Ministerin Ina Brandes (MKW) führt aus, das gehöre zu den wenigen Dingen, die sie bereits presseöffentlich gesagt habe, dass sie das so sehe, weil sie glaube, dass man auf die Art und Weise ganz erheblich schneller unterwegs sein werde. Das sei ja schon immer auch in der Vergangenheit ihr Argument gewesen. Einen Studiengang neu einzurichten an einer Universität wie der RWTH Aachen mit Akkreditierung und all dem, was damit einhergehe, dauere schnell acht bis zehn Jahre. Es sei der Vorteil des Kooperationsmodells, dass zwei in der Lehrerausbildung ausgesprochen erfahrene Partner zur Verfügung stünden, um das Angebot umzusetzen, und die RWTH Aachen bereit und in der Lage sei, die Infrastruktur dafür zu stellen. Insofern sei das auf jeden Fall eine Lösung, die dem gemeinsamen Ziel, mehr Lehrerinnen und Lehrer in der Region auszubilden, schnell näher bringe.

8 Aktueller Sachstand Kunstakademie Düsseldorf (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung [s. Anlage 4]*)

Vorsitzender Professor Dr. Daniel Zerbin leitet ein, Frau Ministerin werde mündlich berichten.

Ministerin Ina Brandes (MKW) führt aus:

Ich habe bereits kürzlich über die Situation an der Kunstakademie Düsseldorf informiert und möchte dies aus gegebenem Anlass heute fortsetzen.

Sie haben sicher gehört, dass der interimistische Rektor Herr Professor Myssok zwischenzeitlich von seiner Funktion zurückgetreten ist. Es handelt sich hierbei um seine persönliche Entscheidung, die ich bedaure, aber auch respektiere.

Die Akademie ist nun aufgerufen, den Blick nach vorne zu richten. Derzeit laufen die Vorbereitungen zur Neuwahl des Rektorats. Ich gehe davon aus, dass diese Vorbereitungen zügig vonstattengehen werden.

Die Neuwahl selbst kann auch dann stattfinden, wenn das ursprünglich von der Kunstakademie initiierte Disziplinarverfahren gegen die designierte Rektorin Frau Professorin Fioretti noch nicht abgeschlossen ist.

Wie Sie der Presse haben entnehmen können, hat das Ministerium dieses Verfahren zwischenzeitlich an sich gezogen. Zum Ermittlungsführer ist der Leiter der Rechtsgruppe meines Hauses bestellt worden, Herr Professor Dr. Goebel, der auch heute anwesend ist. Das Verfahren liegt also in sehr guten Händen.

Mit dem Rechtsbeistand von Frau Fioretti ist geklärt, dass wir über diese Vorgänge hier im Ausschuss sprechen können. Ich bitte jedoch natürlich um Verständnis, dass ich mich ansonsten zu dem laufenden Verfahren nicht in weiteren Details äußern kann und werde.

Mein Haus versucht nun, die Kunstakademie bei der ordnungsgemäßen Fortführung ihrer Geschäfte zu unterstützen, aber dabei ist natürlich wie immer zu berücksichtigen, dass es sich jeweils um Angelegenheiten handelt, die in den Bereich der Hochschulautonomie fallen.

Angela Freimuth (FDP) bedankt sich für den Bericht. Der Vorgang stelle eine Belastung für die Hochschule dar. Sie sei sich sicher, dass mit der Unterstützung und Beratung durch Herrn Professor Goebel und das Ministerium Alles auf einem guten Weg sei, und interessiere, wie die Unterstützung aussehe und wie zukünftig sichergestellt werden könne, dass solche Formate rechtssicher umgesetzt würden.

Nach den Ausführungen der Ministerin unterstelle sie, dass das Kündigungsschreiben von Professor Myssok inzwischen vorliege.

Ministerin Ina Brandes (MKW) bestätigt das.

Angela Freimuth (FDP) bittet um eine Bewertung der Aussage von Professor Myssok, dass er sich durch das Verhalten des Ministeriums derart infrage gestellt sehe, dass er von einer erneuten Kandidatur absehe.

Ministerin Ina Brandes (MKW) legt dar, die rechtssichere Durchführung solcher Verfahren sei eine Herausforderung, vor der man an verschiedenen Stellen stehe. Das gelte insbesondere für die kleineren Hochschulen in Nordrhein-Westfalen.

Die Hochschulautonomie sei eine gute Sache, und alle seien froh, dass es sie gebe. Das bedeute aber auch, dass kleinen Hochschulen eine große Verantwortung aufgebürdet werde für viele rechtliche Themen, die zu berücksichtigen seien. Es sei gerade bei kleinen Organisationen eine Herausforderung, alle Vorschriften zu kennen und mit all den Rahmenbedingungen umgehen zu müssen, die es dort gebe. Man habe insbesondere hier bei der Kunstakademie, aber auch in anderen Fällen angeboten, mehr zu unterstützen, als man es normalerweise tue. Aufgrund der Hochschulautonomie sei man jedoch personell im Ministerium in keiner Weise dazu in der Lage, intensiv zu unterstützen, nicht nur, weil es aufgrund der Hochschulautonomie ordnungspolitisch nicht vorgesehen sei, sondern auch, weil das Personal dafür nicht mehr vorgehalten werde. Deswegen verbleibe natürlich die Verantwortung für all diese Themen, für all diese Verfahren in den Hochschulen. Wenn aber zum Beispiel zur Durchführung von solchen Wahlen oder anderen Prozessen eine Unterstützung gewünscht sei, dann könne man sich an das Ministerium wenden. Man werde dann im Rahmen dessen, was personell möglich ist, eine Unterstützung leisten. Bei der Kunstakademie sei es natürlich derzeit so, dass die Kanzlerin häufiger anrufe, es einen regelmäßigen Kontakt gebe, damit sichergestellt sei, dass das gut begleitet werde. Aber auf Dauer solle es natürlich so sein, dass auch die Kunstakademie aus eigenem Recht heraus selbstständig handle, wie es andere Hochschulen in Nordrhein-Westfalen auch täten. Damit habe man in den letzten anderthalb Jahrzehnten auch sehr gute Erfahrungen gemacht.

Sie werde die Einschätzung von Herrn Myssok nicht bewerten, das stehe ihr nicht zu, könne aber versichern, dass es nie die Absicht gewesen sei, ihm den Eindruck zu vermitteln, dass man ihn nicht wertschätze oder dass man in irgendeiner Weise seine Handlungsfähigkeit infrage stelle, und sie sei auch der festen Überzeugung, dass man sich so nicht verhalten habe.

9 Verschiedenes

Vorsitzender Professor Dr. Daniel Zerbin fragt mit Blick auf die Weiterbildungskonferenz, ob der Novembertermin oder der 16. Oktober favorisiert werde.

Angela Freimuth (FDP) teilt mit, dass ihre Fraktion am 6. November keine Möglichkeit hätte, daran teilzunehmen, und deswegen die Bitte geäußert habe, die Weiterbildungskonferenz am 16. Oktober durchzuführen, auch wenn der erste Tag nach Ende der Schulferien kein optimaler Termin sei.

Er gebe es dann so weiter, merkt **Vorsitzender Professor Dr. Daniel Zerbin** an, dass man den 16. Oktober favorisiere.

gez. Prof. Dr. Daniel Zerbin
Vorsitzender

4 Anlagen

29.03.2023/19.04.2023



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses
Prof. Dr. Daniel Zerbin MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 2073
bastian.hartmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

Thema Sachstand „Agentur für kognitives Rechnen – Agency for Cognitive Computing (ACC)“ am Forschungszentrum Jülich **03.03.2023**
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 15.03.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

am Forschungszentrum Jülich entsteht mit der „Agentur für kognitives Rechnen – Agency for Cognitive Computing (ACC)“ eine Plattform, die zur digitalen Transformation des Rheinischen Reviers beitragen soll. Das Jülicher Know-how in den Bereichen Supercomputing und künstliche Intelligenz soll es dabei Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft ermöglichen, neue Erkenntnisse aus ihren Daten zu ziehen und diese effizient zu nutzen.

Das europaweit einmalige Kompetenzzentrum soll zu einer Schnittstelle für Datenanalyse werden. Mit einem innovativen Ausbildungskonzept will es hochqualifizierten Expert:innennachwuchs fördern.

Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 15.03.2023. Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Entstehung der ACC grundsätzlich?
2. Wie unterstützt die Landesregierung die Umsetzung der ACC?
3. Welche Schritte zur Umsetzung der ACC sind noch notwendig bzw. welche Hürden gilt es noch zu überwinden?
4. Welchen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels im Bereich der Digitalisierung/Datenanalyse kann die ACC leisten?
5. Wie unterstützt die Landesregierung die digitale Transformation von Wissenschaft und Wirtschaft im Rheinischen Revier wie auch in Nordrhein-Westfalen insgesamt?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Bastian Hartmann". The signature is written in a cursive style.

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses
Prof. Dr. Daniel Zerbin MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 2073
bastian.hartmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

Thema Zukunft des Semestertickets in Nordrhein-Westfalen
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des
Wissenschaftsausschusses am 15.03.2023

03.03.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

rund um die baldige Einführung des Deutschlandtickets ist eine Diskussion um die Zukunft des Semestertickets entbrannt, auch in Nordrhein-Westfalen. Bislang war das Semesterticket deutlich günstiger als ein vergleichbares normales Ticket, mit über 200€ pro Halbjahr aber dennoch eine finanzielle Belastung, die im Zuge der allgemeinen Preisentwicklung zusätzlich an Gewicht gewonnen hat.

Die Studierenden bzw. der Landes-ASten-Treff NRW haben sich daher eindeutig positioniert: Es soll ein weiterhin solidarisch finanziertes Semesterticket für 129 Euro geben.

Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 15.03.2023. Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Diskussion um die Zukunft des Semestertickets grundsätzlich?
2. Inwieweit ist das Ministerium für Kultur und Wissenschaft in Entscheidungsprozesse der Landesregierung zur Zukunft des Semestertickets unmittelbar eingebunden bzw. welche Position vertritt das MKW innerhalb der Landesregierung in dieser Sachfrage?
3. Unterstützt die Landesregierung die Forderung des Landes-ASten-Treffs NRW nach einem weiterhin solidarisch finanzierten Semesterticket für 129 Euro?
4. Inwieweit gab es hierzu bereits einen Austausch zwischen Landesregierung, Landes-ASten-Treff NRW und den Verkehrsverbänden?
5. Gibt es angesichts der baldigen Einführung des Deutschlandtickets einen klaren Zeitplan, bis wann die Zukunft des Semestertickets geklärt sein muss?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Bastian Hartmann". The signature is written in a cursive style.

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses
Prof. Dr. Daniel Zerbin MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 2073
bastian.hartmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

Thema Studiengang Grundschullehramt in Aachen
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des
Wissenschaftsausschusses am 15.03.2023

03.03.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

rund um die Diskussion über einen Studiengang Grundschullehramt in Aachen gibt es offenbar Überlegungen, diesen über eine Dependence der Universität zu Köln am Standort Aachen zu realisieren.

Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 15.03.2023. Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Hat die Landesregierung Kenntnis über die Überlegungen, einen Studiengang Grundschullehramt am Standort Aachen mittels einer Dependence der Universität zu Köln zu realisieren?
2. Falls ja, wie weit fortgeschritten sind diese Überlegungen bzw. wann ist mit einer Umsetzung zu rechnen?
3. Wie bewertet die Landesregierung diese Überlegungen?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher

Von: Kutting, Dennis (MKW) <Dennis.Kutting@mkw.nrw.de>
Gesendet: Mittwoch, 8. März 2023 13:26
An: Zerbin Dr., Daniel (AFD)
Cc: Referat I.A.2 - WissA; [REDACTED]
Betreff: Anmeldung mündl. Bericht WissA

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Frau Ministerin Brandes bittet darum, im WissA am 15.03. einen mündlichen Bericht „Aktueller Sachstand Kunstakademie Düsseldorf“ abzugeben zu können.

Sie bittet sie darum, dies als TOP in die TO mit aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Dennis Kutting

Referatsleiter MB3 (Kabinett, Landtag, Bundesrat, Überregionale Gremien)
Ministerium für Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf

Tel. +49 (0211) 896-4674

dennis.kutting@mkw.nrw.de

www.mkw.nrw